



Hauptausschuss

20. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1164 (Erläuterungsband EP 02)

Vorlage 16/1190 (Bericht EP 02)

Vorlage 16/1071 (Erläuterungsband EP 07, Seite 149 ff.)

Vorlage 16/1220 (Bericht EP 07)

- Einführungsberichte und Einzelberatung im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Der Ausschuss nimmt die Einführungsberichte zu den Einzelplänen 01, 02 und 07 Kapitel 07 070 entgegen. Es schließen sich jeweils kurze Fragerunden an.

- 2 Gesetz zu dem Vierten Änderungsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und der Synagogen-Gemeinde Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts –** **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3625

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den
Gesetzentwurf Drucksache 16/3625 anzunehmen.

- 3 Neukonzeption der Erinnerungskultur und strukturelle Absicherung der Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen** **16**

Vorlage 16/1049 Neudruck

Frau LMR Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, berichtet und beantwortet gemeinsam mit Herrn RB Dr. Hans Wupper-Tewes Fragen aus dem Ausschuss.

- 4 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – 50 Jahre Gerhart-Hauptmann-Haus
Erinnern an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation** **20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3443

Der Hauptausschuss will die inhaltliche Beratung zu diesem Antrag nach Vorlage der Voten der mitberatenden Ausschüsse voraussichtlich am 7. November 2013 durchführen.

5 Achtung! YES, WE SCAN. 22**Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!**

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/3249

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an Innenausschuss)

Der Hauptausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/3249 abzulehnen.

6 Verschiedenes 23**Ausschussreise im Jahr 2014**

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1164 (Erläuterungsband EP 02)

Vorlage 16/1190 (Bericht EP 02)

Vorlage 16/1071 (Erläuterungsband EP 07, Seite 149 ff.)

Vorlage 16/1220 (Bericht EP 07)

- Einführungsberichte und Einzelberatung im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann weist einleitend darauf hin, dass der vorliegende Haushaltsgesetzentwurf nach der ersten Lesung am 25. September 2013 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen worden sei, die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ vorzunehmen.

In dieser Runde der Haushaltsberatungen des Hauptausschusses stünden vereinbarungsgemäß die Einführungsberichte sowie die Einzelberatungen an.

Einzelplan 01 – Landtag

Peter Jeromin, Direktor beim Landtag berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, denn der vorliegende Entwurf des Landtagshaushalts enthält keine wesentlichen Veränderungen zum Landtagshaushalt von 2013. Mein Bericht beschränkt sich auf das Kapitel 01 010. Für die Beantwortung von Fragen zum Kapitel des Landesdatenschutzbeauftragten steht Ihnen Herr Linauer zur Verfügung.

Die Gesamtausgaben steigen um 0,6 Millionen € auf 116,8 Millionen €. Der Steigerungsbetrag stellt einen Saldo von Mehr- und Minderausgaben dar, auf die ich noch eingehen werde.

Zur Einnahmenseite:

Bei den Einnahmen handelt es sich um einen sehr kleinen Posten. Der Istansatz 2012 enthält allerdings einen größeren Betrag. Dabei handelt es sich um die Rückzahlung einer im Zuge der Landtagswahl ausgeschiedenen Fraktion.

Zu den Leistungen an Abgeordnete und Mitarbeiter:

Aufgrund der parlamentarischen Entscheidung, die Abgeordnetenbezüge nicht zu erhöhen, und des Wegfalls von Übergangsgeldern sinkt der Mittelbedarf bei den Abgeordneten um 1,1 Millionen €.

Gleichzeitig steigt der Ansatz für die Gehälter der Abgeordnetenmitarbeiter infolge des Tarifabschlusses um 0,8 Millionen €.

Zur Landtagsverwaltung:

Für die Unterstützung des Parlamentsbetriebes werden drei neue Stellen eingerichtet:

- eine Planstelle A 15 für das Parlamentarische Kontrollgremium – der Gesetzgeber stellt neue Anforderungen an dieses für den Verfassungsschutz zuständige Gremium
- eine Planstelle A 12 für das Versorgungswerk des Landes NRW – da diese Stelle vom Land Brandenburg finanziert wird, sobald es dem Versorgungswerk des Landes NRW beigetreten ist, ist das Aufkommen neutral
- eine Planstelle A 12 für die Koordination der Enquetekommissionen und der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse – hier geht es um die Vernetzung der zahlreichen in der Lippestraße untergebrachten Kräfte; diese Stelle ist nur für die laufende Legislaturperiode vorgesehen, da nicht bekannt ist, wie viele Gremien dieser Art in der nächsten Legislaturperiode eingerichtet werden.

Das Personalbudget der Landtagsverwaltung steigt um 600.000 €. Das ist Ausfluss des Tarifabschlusses. Für die neuen Stellen werden rund 200.000 € benötigt. Insgesamt sind das 0,8 Millionen €.

Ein Hinweis zu den Personalstellen: Wir hatten – wie alle Ministerien auch – die Möglichkeit, zwei ursprünglich ausgewiesene kw-Stellen durch eine dauerhafte globale Minderausgabe zu finanzieren. Von dieser Möglichkeit haben wir Gebrauch gemacht. Das bedeutet eine weitere globale Minderausgabe von 40.000 € für ein halbes Jahr in 2014 und von jeweils 80.000 € für die künftigen Jahre.

Zum Sachhaushalt:

Die Einrichtung der Enquetekommissionen und Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse schlägt sich auch im Sachhaushalt nieder, nämlich in Mietkosten für 51 Büros in der Lippestraße in Höhe von 640.000 € jährlich.

Zur Fraktions- und Parteienfinanzierung:

Die Fraktionszuschüsse sollen aufgrund der tariflichen Erhöhungen im nächsten Jahr um rund 3 % steigen. Dafür ist ein Mehrbetrag von 400.000 € ausgewiesen.

Für die Parteienfinanzierung wird dagegen systembedingt eine halbe Million € weniger benötigt.

Weiterer Finanzbedarf:

Der Finanzbedarf für die Verfassungskommission ist noch nicht ausgewiesen. Wir sind allerdings in aussichtsreichen Gesprächen mit dem Finanzministerium, dass dieser Mehrbetrag – ähnlich kalkuliert wie bei einer Enquetekommission – in einer Ergänzungsvorlage veranschlagt wird.

Werner Jostmeier (CDU) macht deutlich, dass die Delegationen und Parlamentariergruppen des nordrhein-westfälischen Landtags bei Reisen manches Mal vor dem Problem stünden, ein der Würde und der Stellung des größten föderalen Parlaments in Deutschland angemessenes, passables Gastgeschenk mitzunehmen.

Die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe beispielsweise sei vor drei Wochen nach Krakau und Kaschau gereist. Am vergangenen Wochenende habe der FC Landtag NRW bei einem Fußballspiel im Freistaat Sachsen gegen den FC Landtag Sachsen trotz 13:1 Ecken mit 5:1 verloren, sehr viel Erfahrung gesammelt, aber eine mit sehr bekannten Bachwerken bespielte Doppel-CD mit einer Sonderprägung des sächsischen Landtages erhalten. Dergleichen koste nicht viel, wirke jedoch sehr repräsentativ.

Man sollte darüber nachdenken, ob der Landtag NRW Vergleichbares zur Verfügung stellen könne, ohne den entsprechenden Titel finanziell auszuweiten.

Nachdenken schade nie, so **Marc Herter (SPD)**. Sicher sei es auch allen angenehm, passable Geschenke nicht nur zu bekommen, sondern auch mitbringen zu können. Es wäre allerdings angemessen, darüber im Ältestenrat weiter zu diskutieren, da dieser für den von der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer vorberatenen Einzelplan 01 zuständig sei.

Generell sei diese Anregung von Herrn Jostmeier sicher auf fruchtbaren Boden gefallen, meint **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Schließlich gehe es wohl um eine qualitative Verbesserung und nicht etwa um eine quantitative Ausweitung. Damit sollte sich in der Tat am besten der Ältestenrat befassen.

Angela Freimuth (FDP) merkt an, dass sich das Präsidium in früheren Zeiten schon sehr ernsthaft mit der Repräsentation des Parlamentes insgesamt auseinandergesetzt habe, und empfiehlt, die seinerzeitigen Erfahrungen und Diskussionsergebnisse aus diesem Gremium in geeigneter Weise in die neue Diskussion einzubinden.

Auch dies sei ein förderlicher Hinweis, konstatiert **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense, trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Dies ist nun der fünfte Einzelplan, den ich die Ehre habe vorzustellen. Da dieser Einzelplan mit einem Anteil von weniger als 0,2 % am Gesamthaushalt sehr klein ist, lässt es sich – fürchte ich – nicht ganz vermeiden, dass sich die eine oder andere Ausführung im Rahmen der Einführung von Einzelplänen aus vergangenen Jahren wiederholt. Ich will mich auch deswegen auf wenige zentrale Punkte beschränken.

Natürlich orientiert sich auch unser kleiner Einzelplan daran, einen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts zu leisten – der naturgemäß eher bescheiden ist –, aber auch politische Schwerpunkte der Landesregierung zu setzen und darzustellen.

Sie haben Einzelheiten dazu auch den überreichten schriftlichen Berichten und dem Erläuterungsband entnehmen können. Ich will deshalb nur wenige Schlaglichter zum Stichwort „Einsparung“ nennen.

Wir werden die Einsparung, die wir 2013 anteilig an den insgesamt rund 150 Millionen € Einsparungen bei den Förderprogrammen vorgenommen haben, dauerhaft fortschreiben. Für unseren Einzelplan geht es hierbei um einen Betrag von 1,9 Millionen €, den wir auch für den Haushaltsentwurf 2014 vorsehen.

Wir werden auch 2014 darauf verzichten – so schwer uns das an einigen Stellen auch fällt –, zusätzliche Planstellen oder Stellen einzurichten. Im Gegenteil: Wir werden in 2014 einen ausgebrachten kw-Vermerk realisieren, sodass im Saldo in unserem Stellenplan eine Stelle abgebaut werden wird.

Natürlich werden wir im Rahmen des Haushaltsvollzugs auch wieder sparen müssen, und zwar in Form der bei den Titeln 549 00, 972 10 und 972 20 in Kapitel 02 020 ausgebrachten drei globalen Minderausgaben, die sich auf 3,72 Millionen € addieren.

Ich habe schon bei der Vorstellung des Entwurfs 2013 dargestellt, dass uns diese globalen Minderausgaben vor erhebliche Probleme im Haushaltsvollzug stellen, wir dennoch dankbar sind, dass wir die Flexibilität globaler Minderausgaben haben. Denn titelscharf könnten wir diesen Einsparbetrag nur bei den disponiblen Mitteln erbringen. Das betrifft bei uns allerdings im Wesentlichen die Mittel, die im Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien verfügbar sind, und würde bedeuten, dass in diesem Bereich die Mittel komplett zu streichen wären. Das wäre sicherlich weder vernünftig noch darstellbar.

In welchen Bereichen werden wir politische Schwerpunkte setzen?

Ich will hier in erster Linie auf die Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz verweisen, auf die Mittel, die wir in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen € schon 2013 für die Begleitung der Energiewende in unserem Einzelplan vorgesehen hatten und die wir in gleicher Höhe auch für das Jahr 2014 ansetzen.

Wir haben inzwischen die Trägergesellschaft für die Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Gelsenkirchen. Wir haben Verträge mit zwei Geschäftsführern für die Gesellschaft unterzeichnet, sodass jetzt die konkrete Arbeit beginnen kann.

Wir wollen mit der Klima-Expo über einen Zeitraum von mehreren Jahren das gesamte Leistungsspektrum unseres Landes im Bereich Klimaschutz darstellen. Es werden hier keine neuen Projekte gefördert, sondern bestehende Initiativen und Projekte unter einer Dachmarke zusammengefasst und präsentiert. Ich denke, dass wir damit für unser Land als Wirtschaftsstandort und auch für die wichtige Rolle der bei uns produzierenden Betriebe im Rahmen der Energiewende und mit dem Ziel des Klimaschutzes attraktiv werben können.

Außerdem werden wir die Energiewende auch durch eine Projektgruppe begleiten, die wir in der Staatskanzlei eingerichtet haben. Diese Projektgruppe wird durch Projektkräfte auf Referenten- und Sachbearbeiterebene, die befristet beschäftigt werden sollen, gestärkt werden. Wir haben Stellen für vier Projektkräfte ausgeschrieben und hoffen, dass wir das Personalrekrutierungsverfahren bis zum Ende des Jahres abschließen können.

Ich will – wie schon bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2013 – darauf hinweisen, dass diese 2,5 Millionen € nicht den Gesamthaushaltsplafonds erhöhen, sondern durch entsprechende globale Minderausgaben in den Einzelplänen des Wirtschafts-, des Umwelt-, des Bau- und des Wissenschaftsministeriums refinanziert sind.

Auf ein wichtiges Detail unseres Entwurfes will ich noch hinweisen; es hat weniger finanzpolitische, aber doch eine symbolische Bedeutung. Wir wollen nach vielen Jahren des Stillstandes und nach einer in 2005 und 2006 erfolgten zweimaligen Absenkung des Fördervolumens für die christlich-jüdischen Gesellschaften in Nordrhein-Westfalen die finanzielle Ausstattung in diesem Bereich wieder auf das Niveau des Jahres 2005 anheben. Das bedeutet, dass wir den Gesamtansatz der institutionellen Förderung in diesem Bereich um 38.000 € auf dann insgesamt 380.000 € erhöhen wollen. Ich denke, dass dies sinnvoll ist, um die verdienstvolle Arbeit dieser Gesellschaften für die dauerhafte Aussöhnung zwischen den christlichen und den jüdischen Religionen zu fördern.

Explizit möchte ich noch auf einen Bereich eingehen, der hier in der Vergangenheit immer intensiv diskutiert worden ist: die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen, im Kern Kapitel 02 010 – Ministerpräsidentin.

Der Ansatz wächst in diesem Haushalt gegenüber 2013 um 100.000 € auf insgesamt 3,56 Millionen €. Die einzige Ursache dafür ist, dass wir den NRW-Tag in Hückeswagen in diesem Jahr aufgrund von Sicherheitsbedenken seitens der Polizeibehörden nicht in der üblichen Form, sondern nur in einer reduzierten Veranstaltungsvariante haben durchführen können. 2014 wollen wir wieder einen großen NRW-Tag feiern, dann in Bielefeld. Dafür brauchen wir den ursprünglichen Ansatz von 300.000 €.

Ansonsten bleibt festzuhalten, dass die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen auf dem bisherigen Niveau bleiben. Das heißt, alle Kostensteigerungen, die wir natürlich auch in diesem Bereich haben, werden durch Minderausgaben abgedeckt, sodass sich das real verfügbare Haushaltsvolumen in diesen Titeln tatsächlich reduziert.

Hinzu kommt, dass wir in diesem Bereich Ausgabenblöcke haben, die in dieser Höhe kaum noch disponibel sind. Ich will die wichtigsten kurz nennen.

Wir haben 700.000 € für die Erstellung unserer Presseschau und die Medienauswertung, 800.000 € für allgemeine Informationen der Öffentlichkeit. Für Staatsbesuche – sowohl eingehende wie ausgehende – haben wir einen Betrag von 300.000 €. Das ist, glaube ich, angesichts der Größe unseres Landes kein zu hoher Haushaltsansatz. Und wir haben für alljährlich wiederkehrende Veranstaltungen der Landesregierung 500.000 € sowie die schon genannten 300.000 € für den NRW-Tag. Ich denke, dass diese Haushaltsansätze sehr verantwortbar sind und allen Konsolidierungsnotwendigkeiten hinreichend Rechnung tragen.

Ich will noch auf einen neu in unseren Haushaltsentwurf aufgenommenen Sachtitel hinweisen. Wir haben 100.000 € in Titel 526 00 Kapitel 02 050 – Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen – vorgesehen. Diesen Titel haben wir aufgenommen, weil wir davon ausgehen, dass wir eine Reihe von Gutachten zu religionsverfassungsrechtlichen Fragen im Rahmen der beabsichtigten Klärung des Status islamischer Verbände als Religionsgemeinschaften werden vergeben müssen. Das Kabinett hat den Start eines Arbeitsprogramms und eines Arbeitsprozesses zur Prüfung der entsprechenden Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Gründung anerkannter islamischer Religionsgemeinschaften beschlossen. In diesem Zusammenhang wird es solcher Expertise bedürfen. Deshalb haben wir diesen Sachtitel ausdrücklich in unseren Einzelplan aufgenommen.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen.

Wir haben insgesamt eine etwa 1%ige Steigerungsrate in unserem Einzelplan, genau: 1,16 %. Damit liegen wir wieder – das möchte ich betonen – deutlich unter den Steigerungsraten des Gesamthaushaltes. Diese liegt 2013 bei 3,9 %.

Die wesentlichen Positionen der zwangsläufigen Anpassung, die darin enthalten sind, betreffen Personalkostensteigerungen im Tarif- und auch im Beamtenbereich sowie für Pensionäre.

Wir haben auch einen Mehrbedarf bei der Übertragung der Aufgaben der Regionalplanung auf den RVR. Wie das seinerzeit bei Vertragsabschluss vereinbart worden ist, haben wir die Ausstattung evaluiert und festgestellt, dass ein Personalmehrbedarf im Bereich der Regionalplanung gegeben ist. Dem tragen wir Rechnung.

Zudem haben wir Indexsteigerungen und Grundsteueransprüche im Zusammenhang mit unseren Liegenschaften in Berlin und Brüssel, die ebenfalls zu Kostensteigerungen führen.

Dies alles fangen wir mit der 1,16%igen Gesamtsteigerung unseres Einzelplans auf. Ich denke, das ist insgesamt solide und verantwortbar.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann kündigt an, auf den Aufruf der einzelnen Kapitel des Einzelplans 02 zu verzichten. Etwaige Wortmeldungen sollten daher einen Hinweis enthalten, auf welches Kapitel Bezug genommen werde.

Torsten Sommer (PIRATEN) teilt mit, seiner Fraktion lägen derzeit noch nicht viele Fragen vor. Es interessiere, ob die Staatskanzlei auch schriftliche Fragen beizeiten beantworten würde.

Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense, sagt dies zu.

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

LMR Maria Springenberg-Eich (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Entwurf für den Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung sieht eine Überrollung des Ansatzes für 2014 vor. Er beläuft sich auf 11.472.400 €. Haushaltsmittel in Höhe von rund 1 Million € sollen wie in 2013 der Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ zur Bewirtschaftung übertragen werden. Für die Arbeit der Landeszentrale stehen damit in 2014 rund 10,4 Millionen € zur Verfügung.

Den größten Ansatz des Haushalts hat mit 2,66 Millionen € die Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung.

Mit dem in 2013 verstärkten Ansatz für Projekte in der Gedenkstättenarbeit bzw. Erinnerungskultur stehen auch 2014 983.200 € zur Verfügung. Mit diesem Ansatz kann das am 18. Juni 2013 vom Kabinett gebilligte neue Konzept der Erinnerungskultur absehbar umgesetzt werden. Die mit dem neuen Konzept gemachten Erfahrungen wollen wir zeitnah auswerten.

Auch in 2014 werden rund 1,3 Millionen € der Auschwitz-Birkenau-Stiftung zugeführt.

Die Förderung der Kulturpflege der Vertriebenen hat im Ansatz rund 2 Millionen €. In der nächsten Zeit wollen wir mit den Einrichtungen nach § 96 Bundesvertriebengesetz über die künftige inhaltliche und konzeptionelle Ausrichtung in diesem Bereich sprechen.

Die parteinahen Stiftungen können für ihre Bildungsarbeit mit Zuschüssen in Höhe von 1,78 Millionen € rechnen.

Für die eigenen Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien verfügt die Landeszentrale über Sachmittel in Höhe von rund 1,5 Millionen € in 2014.

Kernaufgabe der Landeszentrale ist es – das wissen Sie alle –, die demokratische Kultur im Land zu fördern. Daraus ergeben sich die zentralen Themen und Aufgabenfelder, die die Arbeit der Landeszentrale charakterisieren, beispielsweise „Demokratie und Medienkompetenz“, „Rechtsextremismus“, aber auch „europäische Integration“.

Selbstverständlich hat die Landeszentrale die Aufgabe, immer auch die aktuellen Herausforderungen für Demokratie zu definieren und daraus Handlungsansätze zu entwickeln. Diese Herausforderungen geht die Landeszentrale an. Sie tut das mit einem vielfältigen Angebot: mit Veranstaltungen, Publikationen, audiovisuellen Medien – einschließlich eines seit einer Woche modernisierten Internetangebotes. Ich kann nur empfehlen, auf diese Seite zu gehen; das Angebot ist wirklich klasse.

Die Angebote der Landeszentrale werden gut angenommen. Wir haben nach wie vor rund 70.000 Printmedienkunden, absehbar in 2014 1,5 Millionen Abrufe des Onlinevideoangebotes auf dem eigenen Youtube-Kanal. Rund 4.500 Schülerinnen und Schüler aus 16 Nationen beteiligen sich in 2013 am Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“. Rund 8.300 Veranstaltungen mit rund 187.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden 2012 von den Einrichtungen der politischen Bildung explizit angeboten. Diese Zahl wird in 2013 wahrscheinlich sogar ein wenig steigen; wir haben noch keine endgültigen Zahlen.

Besondere Schwerpunkte des kommenden Jahres werden sicher die drei anstehenden Wahlen sein, also die Europawahl, die Kommunalwahl und die Integrationsratswahl. Zur Kommunal- und zur Europawahl sind umfangreiche Online-Specials bereits in Vorbereitung. Wir wollen insbesondere junge Menschen von der Bedeutung dieser beiden Wahlen überzeugen.

Gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat NRW, dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW und dem Integrationsministerium wurde eine Qualifizierungsreihe für künftige Kandidatinnen und Kandidaten der Integrationsräte aufgelegt. Öffentlich vorgestellt wurde die Qualifizierungsreihe am 24. Juni 2013 in einer gemeinsamen Veranstaltung von Herrn Minister Schneider, dem Landesintegrationsrat, dem Landesverband der Volkshochschulen und der Landeszentrale.

Der zweitgrößere Schwerpunkt in 2014 ist der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der sich dann ja zum hundertsten Male jährt. Bereits in diesem Jahr hat die Landeszentrale gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland im Rahmen der Veranstaltungsreihe „1914 – Mitten in Europa. Das Rheinland und der Erste Weltkrieg“ einen Kongress zum Thema „Aggression und Avantgarde“ in der Zeit vom 23. bis 25. September in Bonn durchgeführt. Frau Ministerin Schäfer hat hierfür die Schirmherrschaft übernommen. Weitere Veranstaltungen werden in 2014 folgen. Aber auch eine Reihe von Print- und Multimediaangeboten sind in Vorbereitung bzw. im Ankauf.

Den dritten Schwerpunkt in 2014 wird das Thema „Islam und Islamismus“ bilden. In der Planung befindet sich eine Informationsreihe „Islam und Islamismus“. Sie wendet sich an Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen. Neben der Analyse der Lebenswelt von muslimischen Jugendlichen in Deutschland stehen pädä-

gogische Interventionsmöglichkeiten für den Umgang von Lehrkräften bei gefährdeten Jugendlichen im Vordergrund.

Darüber hinaus wird die Reihe, die bis 2013 läuft, „Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und -botschafter“ evaluiert. Wenn die Ergebnisse entsprechend sind, wollen wir diese Reihe – sicher modifiziert – fortsetzen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich das Ihnen allen bekannte Projekt „14 plus“ zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration von jungen Menschen in städtischen Ballungsräumen. „14 plus“ ist im Jahr 2010 an Brennpunktschulen in den siebten Klassen gestartet und befindet sich derzeit im letzten Umsetzungsjahr des vierjährigen Gesamtprojektes. Zurzeit nehmen 149 Klassen an 21 Schulen mit rund 3.700 Schülerinnen und Schülern teil. Im Schuljahr 2013/2014 stehen neben der Begleitung der Zehntklässler beim Übergang von der Schule in den Beruf die Erarbeitung und Erprobung eines Transferkonzeptes mit dem Ziel der dauerhaften Verankerung dieser zielgruppenspezifischen Angebote für die Brennpunktschulen im Mittelpunkt.

RB Jürgen Schattmann (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport) erläutert den Stand des integrierten Handlungskonzeptes:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist vorgesehen, mit der Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus die vielfältigen Maßnahmen, Angebote und Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Rechtsextremismusprävention besser aufeinander abzustimmen.

Daneben sollen hierdurch diejenigen gestärkt werden, die sich vor Ort aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, zum Beispiel die vom Land geförderten Beratungsstellen für die Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und die in den fünf Regierungsbezirken angesiedelten mobilen Beratungsstellen, die Unterstützung geben bei Unsicherheiten und Problemlagen im Themenfeld „Rechtsextremismus und Rassismus“.

Außerdem ist vorgesehen, mit diesem Handlungskonzept die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure, die täglich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ konfrontiert sind und vor Ort handeln, stärker einzubinden und deren Wissen für die Entwicklung eines Handlungskonzeptes aufzunehmen bzw. nutzbar zu machen.

Bereits im laufenden Haushaltsjahr – 2013 – ist es gelungen, die Strukturen zu stärken. So wurde die Förderung der Opferberatungsstellen erhöht. Es wurde zugleich bei den mobilen Beratungsstellen eine zusätzliche Förderung installiert, die es diesen ermöglicht, unabhängig von konkreten Anlässen gezielt Institutionen, zum Beispiel Kommunalverwaltungen, dahin gehend zu beraten, wie sie ihre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus schärfen und stärken können.

In diesem Jahr wurde zudem die Förderung des Aussteigerprojektes „NinA“ übernommen, das zunächst in einer Bundesförderung war, die aber eingestellt wurde. Es drohte, dass dieses Projekt nicht mehr vollständig durchgeführt werden konnte.

Für das Haushaltsjahr 2014 ist vorgesehen, die Opferberatungsstellen jeweils mit 250.000 € zu finanzieren, darüber hinaus den mobilen Beratungsstellen in dem gesonderten Konzept, von dem ich eben kurz sprach, jeweils rund 40.000 € zur Verfügung zu stellen und zudem einige ergänzende Maßnahmen der Prozessbegleitung in der Entwicklung des Handlungskonzeptes zu finanzieren.

Wieder einmal werde die Breite und Bedeutung der Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung deutlich, betont **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

Werner Jostmeier (CDU) kommt auf die im Jahr 2014 anstehenden Gedenktage zu sprechen: 100 Jahre Beginn Erster Weltkrieg, 75 Jahre Beginn Zweiter Weltkrieg, 25 Jahre Wiederkehr 9. November 1989. Dankenswerterweise habe Frau Springenberg-Eich darauf hingewiesen, dass die Landeszentrale für politische Bildung schon entsprechende Vorbereitungen treffe.

Bereits bei der Haushaltsberatung ein Jahr zuvor sei der Antrag eingebracht worden, diese Jahrestage in die Würdigung hineinzunehmen. Das belgische föderale Land Flandern wolle einen zweistelligen Millionenbetrag für diese Jahrestage ausgeben. Es interessiere, was aus der Anregung von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Luxemburg geworden sei, zu diesen Jahrestagen gemeinsame Projekte vorzuschlagen.

LMR Maria Springenberg-Eich (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung) antwortet, in diesem Jahr habe eine wissenschaftlich begleitete Exkursion unter anderem nach Flandern stattgefunden. Gemeinsam mit der Staatskanzlei sowie belgischen und niederländischen Institutionen werde man im November eine Veranstaltung zum Thema „Ausbruch des Ersten Weltkrieges“ durchführen. Die Projekte seien international aufgestellt. Die europäische Öffnung schaffe neue Blickwinkel für die Betrachtung der eigenen Geschichte und biete die Chance, das Thema „Erster Weltkrieg“ international in den Mittelpunkt des Jahres 2014 zu stellen.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann schließt diese Haushaltsberatungsrunde und kündigt für den 7. November 2013 die Gesamtabstimmung an. Noch eingehende Fragen würden seitens der Staatskanzlei rechtzeitig beantwortet. Etwaige Änderungsanträge sollten dem Ausschusssekretariat spätestens am 5. November 2013 bekanntgegeben werden, um allen Ausschussmitgliedern noch vor der Sitzung Gelegenheit zur Einsichtnahme zu geben.